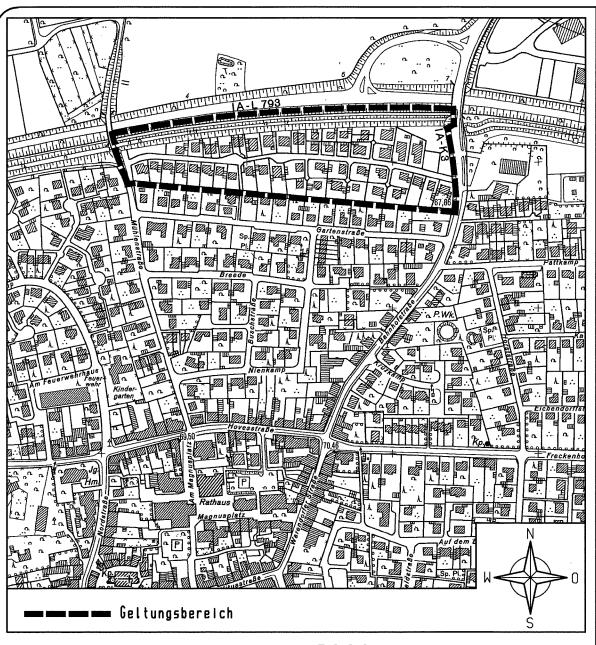
GEMEINDE EVERSWINKEL



BEBAUUNGSPLAN NR.36 'Nördlich Gartenstraße'



Übersichtsplan M. 1:5000

PLANZEICHENERLÄUTERUNG

FESTSETZUNGEN GEM. § 9 BauGB

ART DE	R B	AUL	ICHEN	NUTZU	JNG
--------	-----	-----	-------	-------	------------

WA

Allgemeines Wohngebiet

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

Zahl der Vollgeschosse - als Höchstgrenze

0,3

Grundflächenzahl

BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN



Nur Einzelhäuser zulässig



Nur Einzel-u Doppelhäuser zulässig



Baugrenze



Grenze unterschiedlicher Nutzung

VERKEHRSFLÄCHEN



Straßenverkehrsflächen

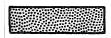
.

Straßenbegrenzungslinie

GGa/ GSt

Private Fläche für Gemeischaftsgaragen u./oder Gemeinschaftsstellplätze für die mit zugeordneten Grundstücke

GRÜNFLÄCHEN



Öffentliche Grünfläche



Parkanlage



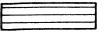
Private Grünfläche

FLÄCHEN ZUR ANPFLANZUNG, PFLANZ - UND ERHALTUNGSBINDUNG

Flächen zur Anpflanzung von bodenständigen Bäumen, Sträuchern und

sonstigen Bepflanzungen

FLÄCHEN FÜR VER- UND ENTSORGUNG



Flächen für Ver- und Entsorgung



Elektrizität

HAUPTVERSORGUNGS- UND HAUPTABWASSERLEITUNGEN Unterirdisch Abwasserkanal SONSTIGE FESTSETZUNGEN Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Grenze des Änderungsbereiches Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft Fläche für Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des BIMSCHG. Sichtdreiecke - nachrichtliche Darstellung - sind von jeglicher Sichtbehinderung ab 0,70 m über Fahrbahnoberkante freizuhalten BESTANDSDARSTELLUNGEN, HINWEISE UND NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN Vorhandene Flurstücksgrenze 123 Vorhandene Flurstücksnummer Vorhandene Gebäude Vorgeschlagene Grundstücksgrenze Vorgeschlagener Standort für Einzelbäume Für die bezeichneten Grundstücke soll die Bauaufsichtsbehörde den Bauherren XXXXXXXX empfehlen, bei der genehmigungs- bzw. anzeigepflichtigen Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung von Gebäuden im eigenen Interesse in die zum dauernden Aufenthalt von Menschen vorgesehenen Räume Schallschutzfenster der Schutzklasse II der VDI - Richtlinie 2719 "Schalldämmung von Fenstern" mit einem Schalldämmaß von

25 bis 29 dB in den Gebäudeseiten mit Sichtverbindung zur L 793 / Bahnhofstraße einzubauen. Zusätzlich ist den Bauherren zu empfehlen, eine geeignete Grundrißgestaltung (lärmempfindliche Räume abgewandt von der Lärmquelle) vorzunehmen.

GESTALTUNGSFESTSETZUNGEN HINWEISLICH

ZEICHNERISCHE FESTSETZUNGEN GEM. § 81 BauO NW

Stellung der Hauptgebäude (Hauptfirstrichtung)

Alternativ zulässige Stellung der Hauptgebäude (alternative Hauptfirstrichtung)

Abgrenzung unterschiedlich festgesetzter Hauptfirstrichtungen

38-45° Dachneigung

TRH≦320 m maximal zulässige Traufhöhe, gemessen von Oberkante Fertigfußboden Erdgeschoß bis zum Traufpunkt -Unterkante Dachrinne-

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

- Im Allgemeinen Wohngebiet sind die nach § 4 (3) BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen gem. § 1 (6) BauNVO unzulässig.
- Gem. § 9 (1) Nr. 6 BauGB sind im Planbereich südlich der Erschlieβungsstraße je Hauseinheit (Einzelhaus) max. 2 Wohneinheiten zulässig.
- Gem. § 9 (1) Nr. 3 BauGB werden für den Planbereich südlich der Erschließungsstraße die Mindestgrundstücksgrößen je Einheit mit 500 m² festgesetzt.
- § 9 (1) Nr. 20 BauGB dürfen Grundstücksgaragenzufahrten und -zuwege nur in einer Breite von maximal 3,00 m bei Einzelzufahrten, bzw. 5,00 m bei Doppelzufahrten befestigt werden. Für die befestigten Teile der Grundstücksflächen sind bodenversiegelnde Ausfertigungen unzulässig.

(2. Änderung) Gem. §9 (1) Nr. 20 BauGB dürfen zusammengefasste Grundstücksgaragenzufahrten und -zuwege nur in einer Breite von maximal 3,00 m bei Einzelzufahrten bzw. 5,00 m bei Doppelzufahrten bodenverssiegelnd befestigt werden. Fahrten bzw. 5,00 m bei Doppelzurannten bodenversslegen die Bereite von 1,50 m nicht überschreiten.

- Für den Bebauungsplanbereich besteht ein Pflanzgebot gem. § 178 BauGB. Danach sind die festgesetzten Flächen zur Anpflanzung und sonstige Festsetzungen gem. § 9 (1) Nr. 25 spätestens 1 Jahr nach Satzungsbeschluß zum Bebauungsplan bzw. für die derzeit unbebauten Grundstücke 1 Jahr nach Baubeginn durchzuführen.
- Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kulturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauerwerk, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Gemeinde und dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Westf. Museum für Archäologie / Amt für Bodendenkmalpflege, Münster unverzüglich anzuzeigen (§§ 15 und 16 DSCHG NRW).
- Für den Planbereich wird eine gesonderte Gestaltungssatzung gem. § 81 BauONW erstellt.
- Die Durchführung aller beabsichtigten Vorhaben sollte mit der gebotenen Vorsicht erfolgen, da ein Kampfmittelvorkommen nicht völlig ausgeschlossen werden kann. Sofern der Verdacht auf Kampfmittel aufkommt, sind die Arbeiten sofort einzustellen und der Staatliche Kampfmittelräumdienst zu verständigen.

Die "TEXTLICHEN FESTSETZUNGEN" werden wie folgt ergänzt:

"5) Gem. § 9 (1) Nr. 25 a BauGB sind die privaten Grundstücksgrenzen zum benachbarten Grundstück mit Hecken aus aus bodenständigen Laubgehölzen zu bepflanzen."

Die genannte rechtskräftige Festsetzung des Aufstellungsplanes Nr. 36 "Nördlich Gartenstraβe" wurde durch die Beschluβfassung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes nicht berührt.

Everswinkel, 21.09.1993

Der Gemeindedirektor

(Walter)

